

Postfreie



1704 Mit Kurszettel

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Regierungsbehörden und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (im Ausw.) Hans Heisterloh, Carl Misch, Berlin, Ullsteinstr. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Nummern Ullstein, Am Dönhof (A 7) 360-366/368 für den Verleger, Am Dönhof 368-369. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 640.

Die Minderheiten in Genf

Erklärungen Schuberts

Nachrichtendienst der 'Postfreien Zeitung' in Genf, 9. Juni

Der letzte Sitzungstag des 50. Tagungs des Völkerverbundes war für den Hauptfrage Minderheitenfragen gewidmet. Nach der Bestimmung der Tagesordnung und einer Hinweisenden Minderheitenangelegenheit aus der Tagesbestimmung legte der Rat den Schlussantrag unter den abendlichen größten Streit.

Der Berichterstatter, der polnische Außenminister Jazewski, der sich den japanischen Delegierten Wadaei und den englischen Außenminister Chamberlain für den Bericht zu Hilfe genommen hatte, stellte fest, daß die Einführungsvorfrage für den entgegenstimmig am besten durch die direkten Verhandlungen gelöst werden würde.

Zu der Minderheitenangelegenheit machte er prinzipielle Einführungen, wonach Minderheitenangelegenheiten nicht zur Einmischung eines Staates in innere Angelegenheiten eines anderen Staates führen dürfen und daß Minderheitenangelegenheiten überhaupt nur die Beziehungen zwischen dem Staat, dem die Minderheit angehört, und dem Völkerverbund angehen, aber nicht die Beziehungen zwischen zwei Staaten. Es könne sich also bei Minderheitenfragen nur in Ausnahmefällen um eine Ansetzung des Artikels II des Völkerverbundes-Bundes handeln, während sie in allgemeinen einem regulären Minderheitenverfahren vor dem Völkerverbund unterworfen werden müßten.

Angesichts der prinzipiellen Bedeutung dieser Frage machte Staatssekretär von Schubert noch längere Ausführungen, in denen er sich zunächst mit der vorerwähnten Lösung des deutsch-polnischen Streitfalls auseinander erklärte und weiter sagte: Man der Bericht ebenfalls betont, daß die Klarlegung des Artikels II der Einleitung des Minderheitenverfahrens nicht zum Normalfall werden darf, so stellt er doch andererseits fest, daß in erster Reihe auf die Minderheitenfragen zur Anwendung des Artikels II Ansetz geben können, wenn nämlich die allgemeinen Voraussetzungen für die Anwendung dieses Artikels in der Tat vorliegen.

Staatssekretär v. Schubert bemerkte, er wolle nicht darauf zurückkommen, wenn nicht der geschiedene Delegierte Politzki lediglich aus diesem Anlaß zu Betrachtungen über die allgemeine

Entwicklung des ganzen Minderheiten-Problems übergegangen wäre, und wenn er nicht an dieser Entwicklung scharfe Kritik geübt hätte. Er sei dabei so weit gegangen, zu sagen, daß die ernstesten Gefahren für den Weltfrieden entstehen würden, wenn dem augenblicklich auf diesem Gebiet herrschenden Zustande nicht abgeholfen würde.

Diese Ausführungen von Politzki seien außerordentlich übersehend, denn sie machten kein den Eindruck, als ob der Rat jetzt weniger die Aufgabe hätte, die Minderheiten zu schützen, als vielmehr benachteiligten Vertretungen entgegenzutreten, die die Wahrung der Rechte der Minderheiten gefährden. Mit Genugtuung kam ihm demgegenüber schiefen, sagte Herr v. Schubert, daß eine derartige Auffassung in den Ausführungen des Berichtes kein Echo gefunden hat. Ich hätte sonst dem Bericht nicht zustimmen können, da ich eine derartige Auffassung in jeder Beziehung für unangehörig halte.

Staatssekretär v. Schubert hob hervor, daß die Bestimmung des Berichtes, wonach das Minderheitenproblem einen internationalen Charakter habe, durchaus seine Wichtigkeit und Bedeutung der Minderheitenrechte in sich schloße, sondern im Gegenteil den ersten und feierlichen Charakter dieser Rechte ins Licht setze.

Er habe: 'Es handelt sich eben nicht um gewöhnliche vertragliche Bestimmungen zwischen zwei Staaten, die nach dem Gebot werden können, sondern es handelt sich um eine Institution von höchstem internationalen Range.' Man könne unmöglich leugnen, daß es auch hierbei einmal Schwierigkeiten geben könne, und er würde es auch lieber wünschen, wenn etwa das Minderheitenrecht zur Grundlage eines Dualisystems gemacht werden sollte. Aber in dieser Richtung sehe er bisher keinerlei Gefahr, dagegen, sagt Schubert fort, wäre es vielleicht eine sehr ernste Gefahr, wenn die von ihm erwähnte Auffassung Raum gewönne.

Aus den weiteren Verhandlungen ist besonders eine der außerordentlichen Schlußfolgerungen hervorzuheben, die sich auf die Einsetzung des Internationalen Gerichtshofes vom April d. S. bezieht. Dabei handelt es sich um die Frage, ob die Entscheidungen der Eltern schulpflichtiger Kinder in Niederösterreich, die auf Grund des Artikels 139 der deutsch-polnischen Genfer Konvention abgegeben werden, und die Kinder für eine deutsche Minderheitsfrage bestimmen. Von den politischen Schulbehörden nachgeprüft werden dürfen.

Biscators Schicksal

Von Monty Jacobs

Ein lauter Jubelruf aus der rechten Seite des deutschen Saales 'Geld und Ende des Volkstheatertheaters'. Dieses lautmächtige Geheul grüßte sich auf die letzten Mitteilungen der Biscator-Bühne, in denen jenseitige Skandale angekündigt wurden, wie: Konfessionsantrag, Gläubigervereinsammlung, Moratorium.

Gerade weil das Theater seine Schwierigkeiten so offen bekann, verdient es Sühnung. Deshalb haben auch die von dem Gläubiger- und Biscators eigene Mitteilungen veröffentlicht und auf Erörterungen verzichtet, die das Publikum verwirren und den Besch nicht können. Seit aber ist ihm die Genadigkeit der Gläubiger bewilligt, steht es wieder und wieder verurteilt worden, daß auf beiden Bühnen, am Abend und am Tag, ein Groß-Rück-Mißer weitergeleitet wird. Nun kann ein offenes Wort nur helfen. Es darf nicht bloß den Kunstfreunden auf der rechten Seite gelten. Sie haben dem Biscatorischen Unternehmen von vornherein einen heftigen Krieg angefaßt, sie haben dieser Krieg durch ihre schärfsten politischen Geben führen lassen, sie haben niemals Objektivität vorgewandt. Da Biscator sich vom ersten Tage an als ein Theaterleiter betannt hat, der von der Bühne herauf Politik treiben will, so mußte er diese Form der Bekämpfung voraussehen. Nun er sie im Grunde seines Herzens nur begrüßen. Spielt Galt die Darfe, werden wir in die Speer', so spricht er mit Georg Bernhards Worten und mit ihnen fährt er fort: 'Ihr müßt das Herz an eine Karte legen, die Ruhe über Wolken nicht auf nicht.'

Der diese Dinge über die Bühne ablesen, darf über die Verhältnisse des Theaterbetriebes nicht setzen. Aber es stellt sich immer beständiger heraus, daß in diesem Bereich Biscator durchaus nicht von seinen Widersachern geschädigt worden ist. Im Gegenteil, sie haben ihn mit Gift und Beileit, mit daß und Verurteilung die schärfsten Vorurteile gegen sie in den Mund gegeben. Wenn Galt Biscator heute gegen alle Stimmen des Publikumstheaters kämpfen muß, so muß er vielmehr einen noch notwendigen Blick auf seine Götter an werfen. Eine Ökonomie mit dem Geheiß, links und rechts selbst zu haben (nach Peter Panter's scheinem Wort), haben ihm den Weg zur Gläubigervereinsammlung gesenkt. Denn sie haben dazu beigetragen, daß aus einer Liebeszeugung eine Nohe wurde. Sie haben, um ernst und deutlich zu reden, verurteilt, daß Biscators Unternehmen auf dem Boden einer Lüge aufzubauen war.

In der berühmten Verammlung der Volkshilfengänge, in der die Wahlen des Herrenhauses bei den Antritten anderer Herrenbogen, ist als Biscators Ziel klipp und klar mit unzweideutigen Worten gefordert worden: ein proletarisches Genossenschaftstheater in Diensten des Klassenkampfes. Biscator selbst hat immer wieder in seiner scheinbaren Ehrlichkeit zugegeben, daß dieses Wort jene Wähler bedeute.

Ein proletarisches Genossenschaftstheater, warum nicht? Wir alle hätten es respektiert, wenn es in Westfalen oder in der Schönhauser Allee die Ideale der Bourgeoisie bestmüßig hätte. Das Biscator-Theater aber spielte am Volkersplatz, am Volkstheater vor sechsundzwanzig Jahren. Seinen höchsten Erfolg, das 'Spiel vom Colbater Schweiß', hat es auf das Engagement eines Stabsaufsehers, der an jedem Abend das Aufgehenskommen eines Proletariats aus dem Saale trat. Alle die Geschäfte, die er unternahm, wurde der Biscator-Bühnen-Abonnement eingebunden. Damit die Bühne teurer an jene Besucher verkauft werden konnten, die bestimmt am Klassenkampf nicht interessiert waren. Wenn sie wiederum Parteien applaudierten, die auf der Bühne zum Bürger verurteilt werden, was auch die Bestätigung des neuen Erfolgs der ersten Biscatorischen auf einer Lüge aufzubauen war.

Mit diese Erfolge eingekauft waren, hat die Bühne sie sofort in auswärtigen Gastspielen ausgebeutet. Mit solcher Maß gelang es, daß das Theater vor der Schweiß-Remiere fast eine Woche lang zugesperrt werden mußte, als ein letzter Versuch der Aufführung des neuen Erfolgs, der jenseitigen, auch die Autoren, die Urheber der Bühne nur über den allzu kapitalistischen Geschäftssinn eines Unternehmens, das sich von seinen schärfsten besagten Stützen verlassen hat.

Aber diese Lüge verurteilt, macht sich am Ost der Bühne mitgedacht, der das Proletariatstheater in Berlin zu sein vornehmlich uninteressiert. Zudem müßte jeder Kenner Berliner Bühnenverhältnisse ausreden können, wie lange in dieser Stadt eine Liebeszeugung jure Nohe gemacht werden könne. Sie erkläre den Gesinnungsantrag des Klassenkampfes gegen sich selbst bestimmt, die Mitarbeiter ebenfalls schnell in ihrer Verurteilung befristet. Das allein und nichts anderes ist die Ursache für den Mißerfolg.

Die Kunstfreunde von rechts waren gewiß aufrichtig, wenn die Biscator-Bühne bekannt wurde. Aber sie haben sie ins Unrecht, sobald sie Biscators Künstlertum geblüht anerkennen. Denn dieser ausgezeichnete Spieltheater hat sich bereits auf der Volkshilfe mit Leistungen einer modernen Theaterarbeit begnügt. Aber damals keine Aufführung von Heffisch

Präsidentenwahl im Landtag

Die heutige Sitzung des Landtages begann im Zeichen der Entspannung. Die Kommunisten haben, um eine Vertretung im Präsidium zu erlangen, das Verprechen abgegeben, daß auch ein kommunistischer Präsidient für Ruhe und Ordnung sorgen werde. Wie weit dieses Verprechen in die Tat umgesetzt wird, muß abgesehen werden.

Zunächst wurde mitgeteilt, daß der Reichsrat-Stat der Bundesarbeiter der letzten wichtigen Ausrichtungen, den Abgeordneten Golte, für acht Stunden ausgeschrieben hat. Die Kommunisten riefen sich selbstständig auf, während die Mehrheit zum Ausschuss bediente. Am liebsten bediente sich die kommunistische Demonstration auf die Post-Stat. Das sonst ständige Theater der Regierung des Ausschusses, den Stat zu verlassen, wurde diesmal nicht verwirklicht. Die Kommunisten hatten vielmehr Golte vernachlässigt, den Stat nicht zu betreten.

Für das Präsidium selbst der Abg. Herold namens des Reichs-Rates des bisherigen Präsidienten Bartels (Genf), der die Wahl durch Beruf wurde durch einen Einspruch der Nationalsozialisten verhindert.

Die Stühne für die Ausrichtungen

Die heute und seine Mitbestimmung, die seitern von kommunalistischen Abgeordneten gegen den Bundesarbeiter Bonafid werden wurde, hat heute den Reichs-Rat beschließt. Die Bundesarbeiter soll der kommunalistische Abgeordnete Golte für acht Stunden ausgeschrieben werden. Dieser Ausschuss hat zur Folge, daß der betroffenen Abgeordnete seine Stühne und seinen Reichs-Rat für gewisse Zeit, wahrscheinlich bis zum Herbst, verliert. Im nächsten Schritt gegen Bundesarbeiter alle Mittel der Geschäftsordnung angewandt werden.

Zwei dieser Ausrichtungen wurde der Anspruch der Kommunisten auf Vertretung im Präsidium anerkannt. Als

vierteljährliche Fraktion haben sie den dritten Vize-Präsidenten zu stellen, der bisher der Deutschen Volkspartei zugefallen war. Die Kommunisten haben den Abgeordneten Schwanz benannt, der die Erklärung abgab, daß er die Geschäftsführung loyal handhaben und für keinen Verlust der Stühnen sorgen werde.

Die Debatte über die Regierungserklärung beginnt am Montag. Sie wird normalerweise bis Mittwoch, mißbilligend auch bis Donnerstag dauern. Die Schlußung über die Ministerkandidaten der Kommunisten und der Deutschen Nationalen ist für Donnerstag in Aussicht genommen.

Die Empfänge des Reichspräsidenten

Anschluß wird mitgeteilt: 'Der Reichspräsident empfing heute vormittag zunächst den Reichspräsidenten Dr. Bae und darauf mit ihm die politische Ange. Später empfing dann der Reichspräsident die Führer der Fraktionen des Reichstages, die Abgeordneten Dr. Müller-Franken, Graf Dreyfus, von Gericard, Dr. Schulz, Koch-Weser, Dreyfus und Reich zu Einzelgesprächen über die Frage der Neubildung der Reichsregierung. Die Besprechungen hatten nur informativen Charakter. Der Reichspräsident hat sich keine Entscheidungen bis nach der formalen Bestimmung des gegenwärtigen Kabinetts, das heißt bis Dienstag vormittag, vorbehalten.'

Die bunte Fraktion

Die Abgeordneten der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung, Christlich-nationalen, Deutschen Volksvereins und Deutschen Bauernvereins Partei haben sich jetzt endlich zu einer Fraktion unter dem Namen 'Deutsche Fraktion' zusammengeschlossen. Fraktionsvorsitzender ist Abg. Christian von der Baurerpartei, zweiter Vorsitzender Abg. Wohlthäter (Dt.-Bann).